

Kleine Anfrage

des Abg. Georg Wacker CDU

und

Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Ausbau der Windkraft

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welchen Stellenwert misst sie beim Ausbau der Windkraft wirtschaftlichen Gesichtspunkten zur tatsächlichen Effizienz von Anlagen bei?
2. Wie steht sie dazu, langfristige Windmessungen an jedem potenziellen Standort von Windkraftanlagen vor dem Projektstart vorzuschreiben?
3. Welche Standorte in Baden-Württemberg haben nach ihrer Kenntnis eine ausreichende Windhöflichkeit, um einen wirtschaftlichen Betrieb ohne Subventionierung zuzulassen?
4. Wie steht sie im Sinne der Transparenz zu einer Veröffentlichung aller laufenden, bereits genehmigten und geplanten Windkraftanlagen unter Auflistung von Nennleistung, erzeugter Arbeit (MWh) und Auslastung pro Anlage?
5. Wie gedenkt sie, im Sinne des Verbraucherschutzes, potenzielle Kleinanleger vor überzogenen Renditeversprechungen bei Geldanlagen in Windkraftanlagen zu schützen?
6. Inwiefern kann der Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg zu einer Energieeffizienzsteigerung beitragen?
7. Warum werden im Sinne einer Steigerung der Energieeffizienz nicht landesweit Konzentrationszonen für Windräder in windhöflichen Gebieten ausgewiesen, um rein spekulative, finanziell sich lohnende aber nicht wirtschaftliche Windkraftanlagen in windschwachen Gebieten zu verhindern?
8. Wie will sie ohne die Schaffung von Ausschlussgebieten dem Schutzbedürfnis von Landschaft und Tierwelt (Rückzugsorte) Rechnung tragen?

9. Wie begründet sie den geringen vorgeschriebenen Abstand der Windkraftanlagen zur nächsten Wohnbebauung vor dem Hintergrund des von der World Health Organization (WHO) geforderten Mindestabstands von 2.000 Metern?

21.10.2013

Wacker CDU

Begründung

Die CDU-Landtagsfraktion steht grundsätzlich hinter den Zielen der Energiewende. Der Ausbau der Windkraft ist dabei ein wichtiger Baustein, wenn die Atomkraft durch saubere Energie ersetzt werden soll. Allerdings darf der Ausbau der Windkraft kein Dogma sein, dem alle anderen umweltpolitischen und wirtschaftlichen Ziele untergeordnet werden. Dem Landschaftsschutz und dem Schutz des Lebensraums von Tieren muss bei allem Streben nach mehr Windenergie auch weiterhin Rechnung getragen werden. Darüber hinaus darf nicht der häufig nur durch Subventionen erreichte finanzielle Nutzen für einzelne Investoren im Mittelpunkt der Debatte stehen. Der wirtschaftliche Nutzen geplanter Windenergieanlagen und ihre Nachhaltigkeit müssen stärker in den Fokus gerückt werden.

Antwort

Mit Schreiben vom 13. November 2013 Nr. 6-4583/829 beantwortet das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft im Einvernehmen mit dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur und dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Welchen Stellenwert misst sie beim Ausbau der Windkraft wirtschaftlichen Gesichtspunkten zur tatsächlichen Effizienz von Anlagen bei?*

Planer und Betreiber von Windenergieanlagen sind sehr daran interessiert, dass ihre Anlagen wirtschaftlich betrieben werden können. In Anbetracht der hohen Investitionskosten heutiger Anlagen lässt sich ansonsten eine Finanzierung nicht darstellen. Die Nutzung windhöflicher und damit effizienter Standorte ist daher eine wichtige Grundvoraussetzung.

2. *Wie steht sie dazu, langfristige Windmessungen an jedem potenziellen Standort von Windkraftanlagen vor dem Projektstart vorzuschreiben?*

Die Landesregierung empfiehlt ausdrücklich, vor dem Bau einer Windenergieanlage die Windhöflichkeit am jeweiligen Standort gutachterlich prüfen zu lassen. Hierzu wird in vielen Fällen, z.B. wenn keine ausreichenden Daten aus der unmittelbaren Umgebung vorliegen, eine Windmessung nötig sein. Eine Windmessung generell vorzuschreiben wird nicht als sinnvoll erachtet.

3. *Welche Standorte in Baden-Württemberg haben nach ihrer Kenntnis eine ausreichende Windhöflichkeit, um einen wirtschaftlichen Betrieb ohne Subventionierung zuzulassen?*

Die Landesregierung hat hierzu keine detaillierten Kenntnisse. Die Wirtschaftlichkeit einer Windenergieanlage hängt von vielen Faktoren ab. Neben der Windhöflichkeit sind dies z.B. die Kosten für die Erschließung und den Netzausbau,

Kosten für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die Pachtkosten, die Anzahl der Anlagen, die zusammen geplant und betrieben werden, die Investitionskosten, die Kosten für Betrieb, Wartung und Betreuung.

Potenzielle Standorte werden deshalb von den Projektierern sehr detailliert individuell untersucht und geplant, damit im jeweiligen Einzelfall ein wirtschaftlicher Betrieb der Anlage gegeben ist.

4. Wie steht sie im Sinne der Transparenz zu einer Veröffentlichung aller laufenden, bereits genehmigten und geplanten Windkraftanlagen unter Auflistung von Nennleistung, erzeugter Arbeit (MWh) und Auslastung pro Anlage?

Die in Betrieb befindlichen Windenergieanlagen sind im Potenzialatlas der LUBW und im EEG-Anlagenregister auf der Homepage der Übertragungsnetzbetreiber dargestellt. Im EEG-Anlagenregister sind auch die zugehörigen Stromerträge aufgeführt. Von geplanten Windenergieanlagen liegt der Landesregierung naturgemäß keine Übersicht vor.

5. Wie gedenkt sie, im Sinne des Verbraucherschutzes, potenzielle Kleinanleger vor überzogenen Renditeversprechungen bei Geldanlagen in Windkraftanlagen zu schützen?

Das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz gibt in seinem Verbraucherportal Baden-Württemberg „Verbrauchertipps zu Finanzinvestitionen in Windenergie“ (www.verbraucherportal-bw.de/servlet/PB/menu/2902936_11/index.html). Außerdem hat Herr Minister Bonde in seiner Reihe BondesRat das Thema „Investitionen in nachhaltige Geldanlagen“ aufgegriffen (www.mlr.baden-wuerttemberg.de/BondesRat). In diesen Informationen werden Verbraucherinnen und Verbraucher explizit darauf hingewiesen, dass bei Geldanlagen in Windenergieanlagen eventuell versprochene hohe Renditen in der Regel ein höheres Risiko bedeuten.

Grundsätzlich gilt auch bei Investitionen in Windenergieanlagen wie bei jeder Finanzanlage, dass Verbraucherinnen und Verbraucher sich nicht allein auf die Werbung des Anbieters verlassen, sondern weitere Informationen einholen sollten. In Verkaufsprospekten müssen die Anbieter auch über die potenziellen Risiken einer Anlage, etwa die Möglichkeit des Verlustes des investierten Guthabens oder einer Herabsetzung des in der Werbung angepriesenen Zinssatzes, informieren. Das „Kleingedruckte“ sollte daher immer erst gründlich geprüft werden. Eine wichtige Frage vor der Anlageentscheidung in Windenergie ist in jedem Fall, ob und wann frühestens wieder ein Zugriff auf das investierte Kapital möglich ist. Geprüft werden sollte, ob es für die Anlage Sicherungsmechanismen, z. B. einen Rettungsfonds, gibt, wenn der Anbieter der Finanzanlage selbst in finanzielle Schwierigkeiten gerät.

Bei den Tipps wird auch auf Informationen anderer Einrichtungen wie z. B. des Bundes der Energieverbraucher e. V. (www.energieverbraucher.de) oder der Verbraucherzentralen (www.verbraucherfuersklma.de) verwiesen.

Hinweise zu den vorgenannten Informationen verbreitet das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz auch über andere Kanäle wie beispielsweise soziale Netzwerke (www.facebook.com/VerbraucherBW).

Darüber hinaus ist das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz bereits auf der Verbraucherschutzministerkonferenz 2012 initiativ geworden und hat die Bundesregierung gebeten, Mindeststandards für nachhaltige Geldanlagen zu erarbeiten und regelmäßig darüber zu berichten, sowie ein verbindliches Verbraucherlabel zu entwickeln und dessen Zertifizierung durch eine unabhängige Institution zu prüfen. Ziel der Initiative ist, Verbraucherinnen und Verbraucher dabei zu unterstützen, das Angebot an nachhaltigen Geldanlagen transparenter, vergleichbarer und nachprüfbarer zu machen.

6. Inwiefern kann der Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg zu einer Energieeffizienzsteigerung beitragen?

Der Ausbau der Windenergie hat das Ziel einer umwelt- und klimafreundlichen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien.

Unter Energieeffizienzsteigerung versteht man Maßnahmen, Energie, z. B. Strom, effizienter zu nutzen. Sie beziehen sich auf die Anwenderseite. Beides sind deshalb unterschiedliche Ziele bzw. Maßnahmen, die jedoch gleichermaßen intensiv verfolgt werden müssen.

7. Warum werden im Sinne einer Steigerung der Energieeffizienz nicht landesweit Konzentrationszonen für Windräder in windhöffigen Gebieten ausgewiesen, um rein spekulative, finanziell sich lohnende aber nicht wirtschaftliche Windkraftanlagen in windschwachen Gebieten zu verhindern?

Mit der Änderung des Landesplanungsgesetzes im Jahr 2012 hat die Landesregierung Baden-Württemberg zum deutlichen Ausbau der Windkraft die Windkraftplanung bewusst zwei starken Planungsträgern, den Regionalverbänden als Träger der Regionalplanung und den Städten, Gemeinden und kommunalen Planungsverbänden als Träger der Flächennutzungsplanung übertragen.

Die Windkraftplanung, d. h. die Standortwahl für Windenergieanlagen auf regionaler und kommunaler Ebene, erfordert eine umfassende und damit sehr umfangreiche Abwägung aller maßgeblichen Gesichtspunkte. Insbesondere erforderlich sind dabei auch die Kenntnisse der regionalen Gegebenheiten und der konkreten Verhältnisse vor Ort, die durch die vorgesehenen Planungsträger gewährleistet ist.

Das Land selbst unterstützt die Windkraftplanung durch umfassende und weitreichende Maßnahmen. So bietet beispielsweise der Windenergieerlass eine praxisorientierte Handreichung für alle an dem Verfahren zur Planung, Genehmigung und Bau von Windenergieanlagen beteiligten Fachstellen, Behörden, Kommunen, Bürgerinnen und Bürger sowie Investoren und enthält in seinen Ziffern 1.2 und 4.1 auch Ausführungen zur Wirtschaftlichkeit von Windenergieanlagen sowie zur Windhöffigkeit.

Insgesamt stehen im Land ausreichende Steuerungsinstrumente für einen deutlichen, wirtschaftlichen und nachhaltigen Windkraftausbau auf geeigneten Flächen in Baden-Württemberg zur Verfügung.

8. Wie will sie ohne die Schaffung von Ausschlussgebieten dem Schutzbedürfnis von Landschaft und Tierwelt (Rückzugsorte) Rechnung tragen?

Der Windenergieerlass vom 9. Mai 2012 berücksichtigt bereits das Schutzbedürfnis von Landschaft und Tierwelt. In den sog. Tabubereichen können für die Windenergienutzung weder Vorranggebiete in der Regionalplanung noch Konzentrationszonen in Bauleitplänen ausgewiesen werden. Auch immissionsschutzrechtliche Genehmigungen für Windenergieanlagen können in diesen Bereichen nicht erteilt werden. Tabubereiche sind Nationalparke, Naturschutzgebiete, Kernzonen von Biosphärengebieten sowie Bann- und Schonwälder. Die Schutzzwecke dieser Gebiete umfassen zumeist die besondere Eigenart und Schönheit der Landschaft sowie die Lebensgemeinschaften wild lebender Tier- und Pflanzenarten. Auch gesetzlich geschützte Biotop und Naturdenkmale tragen als Tabubereiche zum Schutz von Landschaft und Tieren bei.

Weitere Tabubereiche sind Zugkonzentrationskorridore von Vögeln und Fledermäusen sowie Rast- und Überwinterungsgebiete von Zugvögeln. In Europäischen Vogelschutzgebieten mit Vorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten sind Windenergieanlagen im Rahmen der Regional- und Bauleitplanung ebenso wie bei immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren ausgeschlossen, es sei denn, es wird nachgewiesen, dass der betreffende Teilbereich für die Erhaltung der geschützten Arten nicht von Relevanz ist. Hinzu kommt, dass von den Planungsträgern im Einzelfall Abstände zu den genannten Tabubereichen vorgesehen werden können. Dies gilt insbesondere für Europäische Vogelschutzgebiete.

Bei den im Windenergieerlass außerdem genannten Prüfflächen bestehen für die Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen besondere Restriktionen. Anlagen in FFH-Gebieten sind einer Vorprüfung oder einer Verträglichkeitsprüfung zu unterziehen und bedürfen einer Ausnahmeentscheidung, wenn durch die Planung erhebliche Beeinträchtigungen des Schutzzwecks und der Erhaltungsziele des Gebiets verursacht werden.

In Landschaftsschutzgebieten sind Windenergieanlagen in der Regel nur aufgrund einer Befreiung oder Änderung bzw. Aufhebung der Schutzgebietsverordnung möglich.

Außerhalb der Schutzgebiete ist von den Trägern der Regional- und Bauleitplanung das Landschaftsbild bei der Standortsuche für Windenergieanlagen zu berücksichtigen. Bei immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen ist die Eingriffsregelung einschlägig. Da Windenergieanlagen Auswirkungen auf das Landschaftsbild haben und diese durch Ausgleichsmaßnahmen nicht kompensiert werden können, ist regelmäßig eine Abwägung der Belange des Landschaftsbildes mit den Belangen vorzunehmen, die für die Windenergienutzung an der fraglichen Stelle sprechen.

Im Hinblick auf den Schutz der Tierwelt ist ferner das spezielle Artenschutzrecht zu beachten. Dies führt dazu, dass der Schutz von windenergieempfindlichen Fledermausarten durch Abschaltregelungen in der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung erfolgt. Bei windenergieempfindlichen Vogelarten führt häufig die Einhaltung des Abstands zu Brutstätten dazu, dass keine signifikant erhöhte Tötungsgefahr oder relevante Scheuchwirkung durch den Betrieb von Windenergieanlagen entsteht. Speziell für das Auerhuhn wurde eine Fachgrundlage erarbeitet, bei der auf wissenschaftlicher Basis eine Differenzierung der windhöffigen Standorte im Hinblick auf die Scheuchwirkung von Windenergieanlagen vorgenommen wird. Mit dieser Grundlage kann schon frühzeitig beurteilt werden, wo mit welcher auerhuhnbezogenen Artenschutzrestriktion im Genehmigungsverfahren zu rechnen ist. Damit sind u. a. die wichtigsten „Rückzugsorte“ des Auerhuhns (Fortpflanzungsbereiche, wichtigste Korridore) für die Windenergienutzung tabu.

Die rechtlichen Vorgaben des Naturschutz- und Planungsrechts und die Festlegungen des Windenergieerlasses gewährleisten somit, dass der vorgesehene Ausbau der Windenergie landschaftsverträglich erfolgt und der Schutz der Arten angemessen berücksichtigt wird.

9. Wie begründet sie den geringen vorgeschriebenen Abstand der Windkraftanlagen zur nächsten Wohnbebauung vor dem Hintergrund des von der World Health Organization (WHO) geforderten Mindestabstands von 2.000 Metern?

Eine WHO-Empfehlung, nach der Mindestabstände von 2.000 Meter von Windenergieanlagen zum bebauten Gebiet gefordert werden, existiert nicht. Von der WHO wurde auf Nachfrage bestätigt, dass weder Richtlinien speziell für Lärm von Windenergieanlagen noch Empfehlungen zu Abständen zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung veröffentlicht wurden.

Untersteller

Minister für Umwelt,
Klima und Energiewirtschaft